

Riesige Überschüsse

Zu: „Kritik an Tönnies“, FR-Wirtschaft vom 13. Juli

Die Großschlächtere Tönnies exportierte 50 Prozent ihres Umsatzes von 6,1 Mrd. Euro jährlich. Weil Konkurrenzfähigkeit wichtiger war als menschenwürdige Arbeitsbedingungen, haben sich dort über 1000 osteuropäische Beschäftigte mit dem Corona-Virus angesteckt. Seit Jahrzehnten erzielt Deutschland einen riesigen Exportüberschuss, durch Ausreizung aller technischen Möglichkeiten, niedrigen Sozialstandards und mit Hilfe der Politik. Der deutsche Exportüberschuss brachte anderen Ländern Arbeitslosigkeit und Verschuldung. Das zwang sie zu einer üblen Sparpolitik mit Sozialabbau, Abbau und Privatisierung des Bildungs- und des Gesundheitswesens u. ä. Daher forderte die Corona-Pandemie in vielen Ländern eine hohe Zahl an Todesopfern.

Auch gegenüber den USA wurden riesige Exportüberschüsse erzielt. Dort sind besonders die großen Städte verarmt und überschuldet. Dem goldenen Kalb Konkurrenzfähigkeit wurden auch die deutschen Klimaziele geopfert. Es ist an der Zeit, wirtschaftliche Eroberungspolitik durch wirtschaftliche Friedenspolitik zu ersetzen.
Hans Oette, Neuenstadt

Wozu ist der Staat schließlich da?

Es war einmal ein armer Metzger, der war so arm, dass er trotz 7300 000 000 Euro Umsatz und 2300 000 000 Euro Privatvermögen für seine lieben Mitarbeiter fürsorglich Lohnfortzahlung beim Staat beantragte. Wozu ist der Staat denn schließlich da?
Peter Dressler, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/toennies-2

Beispiel für Ignoranz

Andreas Scheuer: „Schmieröl im Kopf“, FR-Meinung vom 7. Juli

Bascha Mika trifft den Nagel auf den Kopf. Mit der Häufigkeit der Zumutungen und der vielfältigen und dokumentierten Unfähigkeiten ist Herr Scheuer in der jetzigen Bundesregierung einsame Spitze bei den Bundesministern und Bundesministerinnen.

Das neue Theater um den Bußgeldkatalog ist doch nur ein erneutes Beispiel seiner Ignoranz der Gesundheit der Verkehrsteilnehmer gegenüber. Dass die Verschärfung des Bußgeldkataloges einfach nur ein Formfehler, ein Versehen war, mag der glauben, der noch an den Weihnachtsmann glaubt.

Ich schließe eine Strategie eines eingebauten Fehlers nicht aus, um anschließend den Bußgeldkatalog so zu gestalten, wie er seiner Meinung entspricht.

Lothar Schneider, Staufenberg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200713
Folgende Themen stehen derzeit im FR-Blog zur Diskussion:
Rechtsextreme in der Polizei
Ende der Maskenpflicht?
Mindestlohn und Armut
Brauchen wir die Wehrpflicht?
Und weitere mehr. Eine Übersicht über alle Themen gibt es hier: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“. Die Ausgabe des Mode-Podcasts ist abrufbar auf fashionunited.de
modcast.podigee.io

Andreas Schwarzkopf spricht mit Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) über „Sündenböcke und Verschönerungstheorien: Spaltet Corona die Gesellschaft?“
Verfolgen Sie das Gespräch, das von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK und FR veranstaltet wird, per Livestream auf Youtube und diskutieren Sie mit.

Dienstag, 28. Juli, 19 Uhr
boell-hessen.de/YouTube

Die beabsichtigte Wirkung der Drohmails

Rechtsextreme in der Polizei: „Die Irrnisse des Peter Beuth“, FR-Politik vom 13. Juli

Manipuliert, getäuscht und verweigert

Ich muss lächeln, wenn ich lese und höre, wie aufgeregt man über die Machenschaften von Innenminister Peter Beuth im Zusammenhang mit der Affäre um Janet Wissler und die Anwältin Başay-Yıldız berichtet. Herr Beuth kommt aus dem Dunstkreis von Volker Bouffier und Roland Koch! Insofern folgt sein Handeln einfach der Tradition. Sind denn wirklich alle „Unregelmäßigkeiten“ der CDU, von Bouffier und Koch schon vergessen? Umgang mit dem Gießener Umweltaktivisten Bergstedt. Steuerfahnder-Affäre. Jüdische Vermächtnisse bzw. schwarze Kassen. Umgang bei der - erfolgreich verhinderten - Aufklärung der NSU-Affäre und so weiter.

Ein bis zu seinem Einzug in die Regierung Bouffier recht unbekannter Politiker (Tarek Al-Wazir) hat mal im Wahlkampf im Zusammenhang mit CDU, Koch und Bouffier von „Mafia“ gesprochen. Ich bin sicher, er hat sich damals geirrt - könnte er sonst Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident unter Volker Bouffier sein?

Aus eigener Erfahrung -im Zusammenhang mit dem Projekt „LiLa-Lahn“ - weiß ich, wie in dieser Landesregierung manipuliert, getäuscht und verweigert wird.
Gert Gätke, Weilrod

Anonyme Drohungen, Morde aus dem Hinterhalt

Der Dauerskandal um kriminelle Strukturen innerhalb der hessischen Polizei und der Umgang der politischen Führung damit macht fassungslos und ist zutiefst empörend. Leider scheint das aber weit repräsentativer für den Zustand in den rechtskonservativen Politikereisen zu sein als deren anscheinend überzeugungsfreien Bekundungen in den immer gleichen Sonntagsreden nach vorausgegangenen Anschlägen oder Morden.

Klar sagt ein Polizist, über dessen Kennung die Daten für

die Mordandrohungen abgerufen wurden, er sei's nicht gewesen. Die Ermittler nehmen ihm das einfach ab und unterlassen, was bei jedem Anderen geschehen würde, nämlich eine weitergehende Durchsuchung/Beschlagnahme privater Datenträger - es könnte ja was Unpassendes dabei herauskommen.

Dabei steht es doch unzweifelhaft fest: Nazis sind feige! Ihre Drohungen sind anonym, ihre Morde geschehen aus dem Hinterhalt, ihre Anschläge und Verfolgungen kommen aus der Überlegenheit einer Gruppe gegenüber Einzelnen. Werden sie erwischt, sind sie alles Mögliche, aber auf keinen Fall Nazis oder Rassisten. Da sind sie ganz bei ihren Großvätern; oder kennen Sie einen faschistischen Mörder, einen KZ-Wächter oder Schlächter, der vor Gericht gesagt hätte: Ja, ich war's, ich bin schuldig?

Wenn nicht - dann sollte auch heute den mutmaßlichen Tätern und ihren Aussagen mit Skepsis begegnet werden - und das sollte dann auch im Falle betroffener Sicherheitsbehörden zu ernsthaften Ermittlungen führen. Alles andere (vergleiche die mörderischen „Nordkreuz“-Strukturen bei den Bundeswehr-Spezialkräften) könnte zu einem bösen Aufwachen führen.

Bernd Bremen, Aachen

Es darf nichts verharmlost werden

Eine kleine Geschichte zur Wirkung der Drohbriefe: Wir, die Schnackschrauber (benannt nach der ehemals größten Erstaufnahme Hamburgs, der Schnackenburgallee, und weil wir untereinander und mit unserer Klientel viel kommunizieren - schnacken, wie man hier zu sagen pflegt), geben seit nunmehr fünf Jahren von uns aufgearbeitete Spendenräder an Geflüchtete und reparieren sie auch mit ihnen zusammen. Inzwischen tun wir das auch für andere Bedürftige. Da es in letzter Zeit etwas spärlicher wurde mit Spendenrädern, hatten wir in der regionalen Presse einen

Aufruf gestartet. Dadurch wurde der NDR auf uns aufmerksam und plant einen kurzen Fernsehbericht über uns. Dieses (eigentlich für unsere Arbeit sehr positive) Ansinnen führte nun zu einer Diskussion, ob ein solcher Beitrag zu unerwünschten Nebenwirkungen, konkret: „Beschuldigung oder Bedrohung durch NSU 2.0“ führen könnte, falls wir persönlich identifizierbar wären.

Wir werden diesen Beitrag machen und uns nicht von unserer Arbeit für Bedürftige abhalten lassen, aber allein dass eine solche Befürchtung aufkommt, zeigt die (gewollte) Wirkung dieser Aktionen von rechter Seite. Wir sind ein bunter Haufen, auch politisch unterschiedlicher Herkunft und beileibe kein rein linkes Projekt. Dass „Gutmensch“ inzwischen abwertend und zu einer Art Schimpfwort geworden ist, zeigt, wie das politische Klima sich verändert hat. Die Einschüchterung durch Droh- und Hassmails ist die nächste und aktuelle Entwicklung. Da muss die Öffentlichkeit und die Politik offensiv drauf reagieren. Es darf nichts verharmlost werden.

Jochim Maack, Hamburg

Das sind ja alles nur Einzeltäter!

Von Politikern, u.a. von Innenminister Seehofer (CSU) und Hessens Innenminister Beuth (CDU), wurde jahrelang bestritten, dass es ein Rechtsextremismus-Problem gibt. „Alles nur Einzeltäter“. Nach dem Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke waren alle entsetzt und bass erstaunt, dass so etwas möglich ist. Langsam setzte ein Umdenken ein: Jetzt heißt es, „dass vom Rechtsextremismus die größte Bedrohung“ ausgehe (Seehofer), eine Studie zu „Racial Profiling“ lehnt er allerdings weiterhin ab. Wen erinnert das nicht an Max Frischs „Biederermann und die Brandstifter“? Wie das ausging ist ja hinlänglich bekannt. Fritz Brehm, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/polizei-rechts

Eine Armee ohne Auftrag

Zu: „Bundeswehr? Feuerwehr!“, FR-Meinung vom 7. Juli

1964 erschien ein schmales Büchlein über die Rolle der Bundeswehr innerhalb der Nato: „Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung“ (Verlag R. von Decker, Hamburg). Sein Verfasser war der damalige Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Ulrich de Maizière. Darin findet sich eine bemerkenswert klare Einschätzung: „Das Territorium der Bundesrepublik ist lang und schmal, ihm fehlt zur Durchführung von Verteidigungsmaßnahmen die notwendige Tiefe.“ Also blieb als Verteidigungsauftrag nur die Abschreckung durch atomare Waffen, was in der totalen Vernichtung Deutschlands und weiter Teile Europas hätte enden können. Michael Herl ist

daher zuzustimmen, wenn er schreibt: „Das Projekt einer deutschen Armee war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.“

Doch was fängt man mit einer Armee ohne Auftrag an? Soll man sie zu einer Bundesfeuerwehr umwandeln? Auch dann bestünde die Gefahr, dass sie von Rechtsextremisten unterwandert würde. Man muss nur an die vielen Brandstifter denken, die aus freiwilligen Feuerwehren hervorgehen. Vielleicht sollte man den Bundesgrenzschutz aktivieren? Diesen sogar zusammenlegen mit einer Bundessteuerfahndung? Denn von wem droht der Bundesrepublik das größte Übel? Von Verbrechern, die ihre Steuerschulden

in „Oasen“ und ausländische Briefkastenfirmen verschieben.

Statt Bundeswehr den deutschen Teil einer internationalen Armee gründen? Sie könnte u.a. den Auftrag erhalten, das den Bürgern der beteiligten Staaten vorenthalte Geld zurückzuholen. Von den Cayman-Inseln, aus den US-Steuerparadiosen, aus Irland und und und. So könnte die Nato den längst fälligen Schritt in die Zukunft machen hin zu einer „Internationalen Brigade für Gerechtigkeit und Solidarität“ (oder so ähnlich). Spinnererei? Vielleicht. Aber wollen wir so weitermachen wie bisher? Die Bilanz der überkommenen Streitkräfte ist erschütternd und bietet keine Zukunftsperspektiven.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt